

Beschluss Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

1587 Toleranz in Potsdam leben

1588 Potsdam ist bunt! In der Tradition der Bürger*innenbewegung, die als "Bündnis
1589 90" in unserem Parteinamen dauerhaft verankert ist, unterstützen wir
1590 Bürger*inneninitiativen, die unseren programmatischen Grundsätzen entsprechen
1591 und das Wohl der Stadt im Blick haben. Als Partei und Stadtfraktion sind wir
1592 Mitglied im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten
1593 gesellschaftlichen Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in
1594 den kommenden Jahren entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes
1595 Potsdam für eine solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen
1596 rechtsextreme Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen
1597 und Orten in Potsdam ein.

1598 Dafür machen wir uns stark:

- 1599 • Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" durch
1600 gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus
1601 und Rassismus
- 1602 • Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B.
1603 begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-
1604 Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der
1605 französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und
1606 Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“
- 1607 • Minderheitenrechte stärken, z. B. für geflüchtete und wohnungslose
1608 Menschen, sowie lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,
1609 inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*), Diskriminierungen entgegenwirken
1610 und Hilfen ermöglichen,
- 1611 • U.a. regen wir die Benennung einer/eines Ansprechpartner*in für die
1612 Belange von LSBTTIQ* im Büro für Chancengleichheit an.

1613 Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen 1614 fördern

1615 Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die
1616 Unterstützung von Bürger*innen in persönlichen finanziellen oder
1617 gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel
1618 kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die
1619 Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der
1620 Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.
1621 Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu
1622 guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.

1623 Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit
1624 Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut
1625 gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der
1626 Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei
1627 ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die
1628 vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen
1629 gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich in Projekten wie der
1630 Gartenstadt Drewitz Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft begegnen
1631 können.

1632 Dafür machen wir uns stark:

- 1633 • Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt
1634 Drewitz“. Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität
1635 der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und
1636 andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem
1637 Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb
1638 „Kommunaler Klimaschutz 2014“

1639 Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen 1640 Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven 1641 eröffnen

1642 Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien
1643 können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 %
1644 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten
1645 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese
1646 Kinder haben weniger Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft
1647 und damit auch geringere Perspektiven für die Zukunft.

1648 Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und
1649 Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels
1650 frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen
1651 und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die
1652 Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und
1653 Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

1654 Dafür machen wir uns stark:

- 1655 • eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- 1656 • Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von
1657 Armut
- 1658 • eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten,
1659 Nachmittagsangebote, Speisen)
- 1660 • die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster.
1661 Mit der Bildungskarte bezahlen berechnigte Kinder und Jugendliche die

- 1662 Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge
1663 direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.
- 1664 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder,
1665 Jugendliche und Eltern.
- 1666 • Fortführung der Arbeit des Bildungsbüros auch nach Ablauf des
1667 Förderzeitraums
- 1668 • keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- 1669 • Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen
1670 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem
1671 Einkommen
- 1672 • Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei
1673 Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- 1674 • Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter
1675 Familien
- 1676 • verstärkte Investitionen in die Prävention, um Familien zu stärken, damit
1677 sie ihre Kinder gut begleiten können und dadurch Fremdplatzierungen von
1678 Kindern in Wohngruppen o.Ä. reduziert und nach Möglichkeit vermieden
1679 werden können. Zur Prävention zählen z.B. die verlässliche Finanzierung
1680 von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise Frühförderung,
1681 Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von Familienfreizeiten
1682 und Familienerholung
- 1683 Alle Familienformen unterstützen
1684 Familienformen sind vielfältig. Ob Vater-Mutter-Kind, Mutter-Kind-Kind oder
1685 Vater-Vater-Kind – Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen
1686 Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen alle Familienformen
1687 unterstützen.
- 1688
1689 Dafür machen wir uns stark:
- 1690 • Wir wollen bestehende Familienzentren und Initiativen für die Gründung
1691 neuer Familienzentren fördern. Hier können niedrigschwellige Angebote für
1692 alle Familien wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung
1693 von unterstützenden Patenschaften, Beratung und Aktivitäten für
1694 Regenbogenfamilien oder Senior*innenkreise stattfinden.
- 1695 • Wir wollen vielfältige Familienformen stärker in den Jugendhilfeplan der
1696 Stadt Potsdam integrieren. Inklusion als oberste Maxime sollte daher auch
1697 z.B. die Akzeptanz verschiedener geschlechtlicher oder sexueller
1698 Identitäten beinhalten (neben den dort bereits benannten Gruppen). Ebenso
1699 sollen die beiden Gruppen in der Ausgestaltung des Handlungsfeldes
1700 „Chancengleichheit und Vielfalt“ ergänzend berücksichtigt werden.
- 1701 • Im kommunalen Verwaltungshandeln (Formulare, Vorschriften und allgemeine
1702 Informationen) muss die Vielfalt der Familienformen angemessen
1703 Berücksichtigung finden

1704 Bezahlbares Wohnen ermöglichen

1705 Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger*innen bezahlbaren Wohnraum in
1706 allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu
1707 ermöglichen.

1708 Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare
1709 Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior*innen
1710 vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und
1711 gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

1712 Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der
1713 Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die
1714 Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen
1715 Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies
1716 auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen
1717 für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu
1718 arbeiten.

- 1719 • Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere
1720 Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam
- 1721 • Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen
1722 Stadtteilen
- 1723 • Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des
1724 Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften
1725 oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern
1726 verzichten; pro-bono Notare finden)

1727 Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

1728 Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte
1729 Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die
1730 gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch
1731 um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen
1732 wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen
1733 Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten,
1734 Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen
1735 setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich
1736 zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

1737 Dafür machen wir uns stark:

- 1738 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die
1739 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- 1740 • in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung
1741 leben:
 - 1742 ◦ weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung
1743 sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für
1744 Beschwerden über sexistische Werbung

- 1745 ◦ an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen
1746 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte
1747 Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder
1748 Heimwegtelefon)
- 1749 ◦ in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten
- 1750 ◦ geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- 1751 • Die Umsetzung der auf Initiative von Bündnis90/Die Grünen beschlossenen
1752 paritätischen Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung),
1753 öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von
1754 städtischen Gesellschaften verfolgen
- 1755 • ein Frauenbeirat für Potsdam
- 1756 • Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste
1757 um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt
- 1758 • nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen
1759 Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch
1760 besetztes Stadtparlament einsetzen
- 1761 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
1762 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und
1763 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.
1764 Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und
1765 präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.
- 1766 • Geschlechtsspezifische Angebote in möglichst allen Kinder- und Jugendclubs
1767 schaffen.
- 1768 • Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen
- 1769 • Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit
1770 selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

1771 **Teilhabe von Senior*innen am städtischen Leben**

1772 Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss
1773 angesichts einer alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies
1774 betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die Beförderung von
1775 Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ hochwertigen
1776 Angeboten mit der Beteiligung der Senior*innen in den Stadtteilen finden wir
1777 wichtig und erhaltenswert.

1778 Dafür machen wir uns stark:

- 1779 • Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- 1780 • Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in
- 1781 Krampnitz)
- 1782 • altersgemischtes Wohnen fördern
- 1783 • altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- 1784 • Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior*innen gestalten (Spiele,
- 1785 Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- 1786 • Arbeitsmöglichkeiten für Ältere fördern

1787 **Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken**

1788 Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen
1789 Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

1790

1791 Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu
1792 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf
1793 Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

1794

1795 Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und
1796 finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch
1797 durch Kooperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch
1798 gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor
1799 Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker*innen) geschützt werden.

1800

1801 Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen in den 18 Kinder- und
1802 Jugendclubs der Stadt weiter fördern, deren Attraktivität erhöhen und weitere
1803 ungebundene Räume schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen
1804 gute Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten
1805 werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls
1806 Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen,
1807 wollen wir im Staudenhof-Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage
1808 einen „Solispace“ einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe,
1809 Umsonstladen, Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur
1810 Freizeiträume, sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN
1811 entstehen.

1812

1813 Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns
1814 dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als
1815 Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen
1816 mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass
1817 mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen
1818 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung
1819 stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet
1820 werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

1821

1822 Dafür machen wir uns stark:

- 1823 • moderne und offene Aufklärungsarbeit, wie sie z.B. von Chill Out geleistet
1824 wird. (Drogenkonsum, queeres Leben, psychische Erkrankungen)
- 1825 • Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- 1826 • nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- 1827 • freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- 1828 • mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- 1829 • Attraktivität von Kinder- und Jugendclubs verbessern und zu Orten für alle
1830 Jugendliche zu machen. Wir wollen, dass auch die neuen Stadtteile
1831 entsprechende Angebote für Jugendliche vorhalten. Dringend nötig sind
1832 endlich Jugendclubs im Bornstedter Feld.
- 1833 • mehr Streetworker

1834 Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und
1835 Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So
1836 schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung
1837 gesetzlich vor, der auf Initiative unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion
1838 aufgenommen wurde. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür
1839 Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung
1840 sichergestellt haben. Wir wollen Kindern und Jugendlichen zeigen, dass ihre
1841 Stimme zählt.

1842 Dafür machen wir uns stark:

- 1843 • Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die
1844 Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den
1845 geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- 1846 • Entwicklung von neuen Angeboten für Kinder- und Jugendliche unter ihrer
1847 Beteiligung, wie z.B. einen ausfinanzierten Kinder- und Jugendrat, dessen
1848 Konzeption einen Etat vorsieht und sicherstellt, dass die im KiJuPa
1849 getroffenen Entscheidungen durch die Verwaltung auch umgesetzt werden.
- 1850 • Aufbereitung der Stadtverordnetenbeschlüsse, die Kinder- und
1851 Jugendinteressen betreffen, in verständlicher Sprache und Aushängung in
1852 den Schulen und Jugendclubs.

1853 Integration von Migrant*innen fördern

1854 Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant*innen in Potsdam
1855 Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren
1856 wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger*innen, positive
1857 Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv
1858 entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen
1859 zur Integration der Geflüchteten.

1860 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale,
1861 stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen
1862 Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in
1863 Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

1864 Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des
1865 Migrantenbeirates in Potsdam.

1866 Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass
1867 Migrant*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin
1868 einsetzen.

1869 Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt
1870 ein „sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der
1871 europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke“ setzen wir uns dafür ein, das
1872 Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der
1873 Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der
1874 Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und
1875 Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen
1876 konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter*innen für ihre großartige Arbeit
1877 auszeichnen.

1878 Dafür machen wir uns stark:

- 1879 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen
1880 Gemeinschaftsunterkünften
- 1881 • Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant*innen und anderen
1882 sozial Benachteiligten stärken
- 1883 • gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten;
1884 zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 1885 • Gemeinschaftsbildung voranbringen
- 1886 • Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im
1887 städtischen Haushalt
- 1888 • Förderung des Projekts „Stadtteilmütter“ zur schnellstmöglichen Einbindung
1889 von jungen Zuwandererfamilien
- 1890 • kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts-
1891 und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und
1892 in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten
1893 fördern und bestehende Gärten sichern
- 1894 • Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent
1895 umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme
1896 Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.

1897 Jesid*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der
1898 Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

1899 • Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser
1900 Geflüchteten zu ermöglichen

1901 • Seenotretter*innen auszeichnen

1902

1903 Teilhabe von Menschen mit besonderen 1904 Herausforderungen

1905 Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die
1906 Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten
1907 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir
1908 uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der
1909 Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und
1910 kontinuierlich weiterentwickeln.

1911 Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens.
1912 Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden
1913 Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen
1914 verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des
1915 „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung
1916 verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung,
1917 Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

1918 Dafür machen wir uns stark:

1919 • Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Untersetzung der dazugehörigen
1920 Projekte

1921 • speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom
1922 Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen,
1923 besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabeplans
1924 finanziell zu unterstützen.

1925 • Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit
1926 Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops

1927 • barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung

1928 • eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen
1929 mit Behinderung

1930 • Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und
1931 deren Förderung

1932 • gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

1933 Gesundheitsförderung und Prävention weiter 1934 ausbauen

1935 Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich
1936 dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der
1937 Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

1938 So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche
1939 Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können
1940 krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner*innen wollen wir Ideen für ein gesundes
1941 Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so
1942 gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und -gefahren
1943 attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot
1944 von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

1945 Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention
1946 praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale
1947 Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen
1948 eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von
1949 Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und
1950 drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch
1951 vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.
1952 Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen,
1953 insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen
1954 Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische,
1955 zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von
1956 Armut vorzugehen.

1957 Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige
1958 Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den
1959 Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durch ärztliche Hausbesuche
1960 oder ambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind
1961 noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir
1962 Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land
1963 Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre
1964 Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die
1965 hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

1966 Dafür machen wir uns stark:

- 1967 • Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- 1968 • Sexuelle Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken.
1969 Dafür unterstützen wir lokale Vereine wie z.B. die AIDS-Hilfe Potsdam.
- 1970 • Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um
1971 gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- 1972 • Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte
1973 Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- 1974 • Ausbau alternsgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von
1975 anderen alltagsunterstützenden Angeboten